

## » SCHWERPUNKT ENERGIEWENDE

# GRÜNE BEWERTUNG DER EEG-NOVELLE

Stand 9. April 2014

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) muss reformiert werden, um die Energiewende und die Erneuerbaren in die Phase der Systemdurchdringung zu bringen. Doch die EEG-Reform der Großen Koalition überzeugt nicht. Klimaschutz und Energiewende drohen auf der Strecke zu bleiben.

Die grüne Bundestagsfraktion hatte im Januar die Hand ausgestreckt und die Mitarbeit an einem parteiübergreifenden Konsens zur Reform der Ökostromförderung angeboten. Die grün mitregierten Länder haben es über massiven Druck geschafft, bei der Windenergie an Land wichtige Verbesserungen für die Energiewende durchzusetzen. Die EEG-Reform ist dadurch besser geworden, doch gut ist sie weiterhin nicht.

Im Gegenteil: Die Schwarz-rote EEG-Novelle bringt statt Klimaschutz Bestandsgarantien für Kohle, statt stabiler Strompreise Mehrbelastungen für VerbraucherInnen und Mittelstand. Klima- und Verbraucherschutz werden den Lobbyinteressen geopfert.

### **GABRIEL HÄLT NICHT, WAS ER VERSPRICHT**

Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat behauptet, die grundlegende EEG-Reform soll dazu dienen, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen, Planungssicherheit herzustellen und die Kosten zu senken. Nicht zuletzt soll sie die Ökostrom-Förderung vereinfachen. Doch Gabriel hält nicht, was er verspricht.

Seine Reform behindert die Energiewende und dürfte die Kosten für die meisten StromkundInnen sogar weiter in die Höhe treiben. Darüber hinaus hat Gabriel mit seiner EEG-Reform ein Bürokratie-Monstrum geschaffen – aus gut 60 hat er annähernd 100 Paragraphen auf über 125 Seiten gemacht. Mit dem neuen Paragraphen-Dschungel schickt er die Erneuerbaren-Branche in abenteuerliche Planungsverfahren mit offenem Ausgang. Zudem drängt er sie in einen Markt, der nach den Spielregeln von fossilen und nuklearen Großkraftwerken funktioniert.

### **KOHLE PROFITIERT – KLIMASCHUTZ VERLIERT**

Die Große Koalition kommt mit der EEG-Novelle den Interessen der konventionellen Energiewirtschaft entgegen. Der Zubau von Ökostrom wird gegenüber dem Trend mehr als halbiert. Schwarz-Rot unterbietet selbst die wenig ambitionierten Ziele der inzwischen abgewählten schwarz-gelben Regierung noch deutlich. Bis 2020 soll es statt 45 Prozent nur etwa 35 Prozent Ökostrom geben – nur 10 Prozent mehr als heute. Damit ließe sich gerade mal der wegfallende Atomstrom ersetzen.

Dieser Tritt auf die Bremse nutzt vor allem den Kohlekraftwerken. Ihr hoher Marktanteil bleibt in den kommenden Jahren unangetastet und die teils uralten Kraftwerke blasen weiterhin tonnenweise CO<sub>2</sub> und andere Schadstoffe in die Umwelt. Für Gabriel besteht die Energiewende darin, den Kohlestromanteil abzusichern, Klimaschutz spielt für den ehemaligen Bundesumweltminister keine Rolle.

## **INDUSTRIE WIRD AUF KOSTEN DER VERBRAUCHER GESCHONT**

Mit der schwarz-roten Reform bleibt es bei der unfairen Kostenverteilung im EEG. Wer angesichts der Regierungsbeteiligung der SPD auf mehr Gerechtigkeit gehofft hatte, muss komplett umdenken. Gabriel geriert sich als Genosse der Bosse. Er hat alle Kraft darauf gesetzt, maximale Industrieprivilegien in Brüssel durchzuboxen. Trotz der massiven Einsprüche aus Brüssel werden auch künftig zahlreiche Großunternehmen bei der EEG-Umlage auf Kosten der anderen StromkundInnen begünstigt.

Die Ausnahmeregelungen werden sogar noch weiter ausgeweitet. Die genaue Festlegung soll Anfang Mai vom Bundeskabinett noch nachträglich beschlossen und ins Beratungsverfahren eingebracht werden. Erste Berechnungen deuten aber bereits jetzt darauf hin, dass Privathaushalte und Mittelstand mit der neuen Branchenregelung für 65 Wirtschaftszweige bis zu acht Milliarden Euro jährlich für die Privilegien der Industrie im EEG zahlen müssten – das wären noch einmal bis zu drei Milliarden Euro mehr als bisher.

Wir brauchen aber das Gegenteil: ein Abschmelzen der Industrieausnahmen durch die Konzentration auf tatsächlich energie- und außenhandelsintensive Unternehmen. Eine passende und EU-konforme Grundlage wäre die EU-Strompreiskompensationsliste. Sie enthält lediglich 15 Branchen (statt satte 65 wie von Gabriel mit der EU ausgehandelt), die als wirklich strom- und außenhandelsintensiv anerkannt sind.

Dazu kommt, dass es beim Eigenstromverbrauch ebenfalls vor allem den kleineren Unternehmen und Privatleuten an den Kragen geht. Wer mit einer größeren Solaranlage oder einer umweltfreundlichen KWK-Anlage im Keller seinen Strom selbst produziert, soll in Zukunft 50 Prozent der EEG-Umlage bezahlen. Dabei ist es völlig widersinnig den Ausbau von Erneuerbaren und der hocheffizienten KWK einerseits gesetzlich zu fördern, ihn durch die Belastung beim Eigenstromverbrauch dann aber wieder auszubremsen. Anders bei der Großindustrie: Die muss lediglich 15 Prozent der EEG-Umlage für ihren Eigenstrom bezahlen, egal, ob der aus dreckiger Kohlekraft oder Solarenergie stammt. Noch besser stellt Gabriel die Energiekonzerne: Sie können weiterhin den selbsterzeugten, dreckigen Kohlestrom ohne jegliche EEG-Umlage nutzen. Auch beim Eigenstrom führt die Große Koalition Klimaschutz und Verursachergerechtigkeit ad absurdum.

## **ÖKOSTROM WIRD GEDECKELT**

Mit einem Deckel für Wind- und Solarenergie will die Bundesregierung ausgerechnet die preiswertesten Ökostromquellen ausbremsen. Heute schon sind Windkraft an Land und Solarenergie günstiger als Strom aus neuen Kohle- und Gaskraftwerken. Es ist ein wichtiger Erfolg, dass die grün mitregierten Länder hier Verbesserungen durchsetzen konnten und der Windkraftausbau an Land weitergeht. Das lindert die negativen Folgen der EEG-Novelle in einem ganz zentralen Feld. Kritisch ist jedoch weiterhin, dass viele Investoren mit dem „atmenden Deckel“<sup>1</sup> in die Klemme gebracht werden. Kaum jemand weiß noch, ob sein Windpark wirtschaftlich betrieben werden kann. Verschlimmert wird dies noch durch die neue Länderöffnungsklausel im Baugesetzbuch, die parallel zur EEG-Novelle beschlossen wurde. Hier hat Bayern in der Koalition durchgesetzt, dass die Bundesländer künftig alleine Abstandsregeln für Windkraftanlagen erlassen dürfen – sowohl für Neuprojekte als auch für bereits genehmigte Windkraftflächen. Damit droht zumindest in Bayern der Kahlschlag für den Windkraftausbau.

Auch die Bioenergie wird mit einem ganzen Bündel an Verschlechterungen konfrontiert. Sie wird gedeckelt und ihre Vergütung deutlich gekürzt. Zubau wird es unter diesen Bedingungen wohl kaum mehr geben. Dabei brauchen wir nachhaltig und naturverträglich genutzte Bioenergie zum Ausgleich der schwankenden Wind- und So-

---

<sup>1</sup> „Atmender Deckel“ bedeutet, dass die Vergütungshöhe je nach Zubau im Vorjahr bestimmt wird. Wenn der Windkraft-zubau z. B. 2.600 MW im Jahr überschreitet, wird die Vergütung stärker als 0,4 Prozent pro Quartal abgesenkt, unterschreitet der Ausbau 2.400 MW im Jahr wird die Vergütung weniger als 0,4 Prozent pro Quartal abgesenkt.

larenergie. Doch stattdessen importiert die Bundesregierung lieber noch mehr Erdgas und unterstützt damit autoritäre Regime wie Russland.

## **BÜRGERENERGIEN SIND BEDROHT**

Der Löwenanteil der Energiewende geht zurück auf Investitionen von Bürgerinnen und Bürgern, LandwirtInnen und Energie-Genossenschaften vor Ort. Diese Konkurrenz stört viele in der zentralistisch organisierten konventionellen Energiewirtschaft. Deshalb soll der Marktzugang der Bürgerinnen und Bürger durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen erschwert werden: Direktvermarktungspflicht, ersatzloser Wegfall des Grünstromverkaufs an Endkunden, unsichere Planungsverfahren und folglich höhere Risikozuschläge bei den Banken – all das ist bereits geeignet, das Bürgerengagement bei der Energiewende massiv einzuschränken.

Doch Gabriel geht noch weiter. Schon ab 2017 will er die Höhe der Ökostromvergütung durch Ausschreibungsmodelle ermitteln. In einem solchen Wettbewerb, der hohe Vorauszahlungen ohne Planungssicherheit erfordert, können Privatleute und Genossenschaften nicht mehr mithalten. Die Energiewende droht damit zur Sache der konventionellen Energiewirtschaft zu werden. Noch im Koalitionsvertrag forderte die Bundesregierung beim Ausschreibungsmodell zunächst lediglich ein „Pilotprojekt“. Nun war der Lobbydruck der großen Energiekonzerne anscheinend so groß, dass es umfassend gelten soll. Letzte Hoffnung ist, dass die Umstellung auf Ausschreibungen durch den Einsatz der Bundesländer noch abgewendet wird.

## **WIE GEHT ES WEITER?**

Der Kabinettsbeschluss zur EEG-Novelle ist am 8. April erfolgt. Allerdings fehlt noch der Passus zu den Ausnahmeregelung, der Anfang Mai beschlossen werden soll. Von Mai bis Juli finden dann die Beratungen in Bundesrat und Bundestag statt.

Die grüne Bundestagsfraktion sieht weiterhin grundlegenden Änderungsbedarf, damit der Ökostromausbau weiterhin dynamisch vorangeht und die Kosten fair verteilt werden. Zentrale Forderungen für uns sind dabei:

- Rücknahme der Deckel für Windkraft an Land und Solarenergie sowie deutliche Anhebung des Bioenergiegedeckels,
- Entlastung von Privathaushalten und Mittelstand durch Begrenzung der Industrie-Privilegien auf tatsächlich stromintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb
- Weg mit der Behinderung der Bürgerenergien, z. B. durch die Umstellung auf Ausschreibungsmodelle
- Einführung eines neuen Marktmodells zur direkten Vermarktung von Ökostrom an Endkunden
- Belastung klimaschädlich erzeugten Eigenstroms, Begünstigung von Eigenstrom aus EE- und KWK-Anlagen.